

# ➤ Drei Fragen an ...

## Martina Klement

Chief Digital Officer des Landes Berlin



Foto: © Hans-Christian Plambeck

### **1. Verwaltungsreform und Digitalisierung**

Berlin verfolgt mit der geplanten Verwaltungsreform das Ziel, Zuständigkeiten klarer zu definieren und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhöhen. Wie bewerten Sie den aktuellen Umsetzungsstand – insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung von Genehmigungs- und Vergabeprozessen mit Relevanz für die Bauwirtschaft

**Martina Klement:** Am 1. Januar 2026 tritt die Verwaltungsreform in Kraft, die das Abgeordnetenhaus mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen hat. Das Land Berlin bereitet derzeit im Rahmen eines umfassenden Implementierungsprojekts die praktische Umsetzung vor, damit die Reform möglichst schnell spürbare Wirkung entfalten kann.

Auch der Aufgabeneuordnungsprozess kommt gut voran. Ziel ist es, noch in diesem Jahr alle offenen Zuständigkeiten zu klären. Dadurch werden Verantwortlichkeiten klarer und Verwaltungsabläufe künftig deutlich beschleunigt – zum Beispiel durch feste Fristen für behördenübergreifende Genehmigungsverfahren oder durch eine Art verwaltungsinterne Genehmigungsfiktion.

### **2. Digitale Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung**

Viele Bauunternehmen nutzen intern und in der Zusammenarbeit mit privaten Auftraggebern längst eine Vielzahl von digitalen Anwendungen – etwa bei Lieferscheinen, digitalen Signaturen oder der Rechnungsstellung. Die öffentliche Verwaltung kann diese Formate bislang oftmals nicht durchgängig medienbruchfrei integrieren – trotz der Ziele des Onlinezugangsgesetzes. In welchen Bereichen ist die Berliner Verwaltung offen dafür, solche unternehmensseitigen Anwendungen zu erproben und in Verwaltungsprozesse einzubinden – und wo sehen Sie noch strukturelle Grenzen?

**Martina Klement:** Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe hat bereits im vergangenen Jahr ihr »Aktionskonzept zur Digitalisierung der Verwaltung für die Wirtschaft« vorgestellt. Ziel dieses Konzeptes ist es, möglichst viele Behörden-

dienstleistungen für Unternehmen online über den Digitalen Wirtschaftsservice (DIWI) anzubieten. Außerdem sollen auch digitale Sprechstunden in den Bezirksämtern angeboten werden – sowie KI-basierte Tools, die beim Ausfüllen von Anträgen helfen können.

### **3. Künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung**

Für viele Unternehmen ist Künstliche Intelligenz (KI) ein Zukunftsthema mit erheblichem Effizienzpotenzial. So auch in der Bauwirtschaft, wo sie bereits in vielen Büro- und Bauprozessen eingesetzt wird. Wie schätzen Sie die zukünftige Rolle von KI in der öffentlichen Verwaltung ein? Welche Einsatzfelder sind denkbar und welche Risiken sehen Sie?

**Martina Klement:** Ab Ende November 2025 wird in der Berliner Verwaltung ein eigens in Kooperation mit dem landeseigenen Innovationslabor entwickelter, Open-Source-basierter KI-Assistent zum Einsatz kommen. Die Software mit dem Namen »BärGPT« wurde vom Berliner CityLAB entwickelt und ist bundesweit in dieser Form einzigartig. BärGPT soll vor allem dabei helfen, routinemäßige Aufgaben zu beschleunigen – etwa das Erstellen von Vermerken, das Zusammenfassen von Texten oder das Übersetzen von Dokumenten. Dadurch wird die Arbeit in der Verwaltung effizienter, und die freiwerdenden personellen Ressourcen können gezielter für anspruchsvollere Aufgaben eingesetzt werden.